



Pressemitteilung

Landeschüler*innenvertretung Hessen
Interessenvertretung der Schüler*innen Hessens

LSV Hessen | Georg-Schlosser-Straße 16a |
35390 Gießen

An
alle Pressevertreter*innen,

Jan Schnorrenberger
*Referatsleiter für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit*

post@lsv-hessen.de
jan.schnorrenberger@lsv-hessen.de
Tel.: +49 1522 3529220

Gießen, 06.10.2025

Sternchenjagt statt Problemlösung – Landeschüler*innenvertretung Hessen kritisiert falsche Prioritätensetzung der Landesregierung

Gießen – Die Landeschüler*innenvertretung Hessen kritisiert das hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen scharf für den massiven Einsatz gegen gendergerechte Sprache an Schulen. Nach aktuellen Medienberichten musste eine Schule in Eschborn sämtliche Instagram-Beiträge überarbeiten, weil sie Sonderzeichen wie Gendersternchen enthielten – auf direkte Anweisung des Ministeriums. Um die Fortbildungsinhalte der Hessischen Lehrkräfteakademie nach Gendersternchen zu durchsuchen, sei sogar eine extra Software entwickelt worden, heißt es weiter. Gleichzeitig fehlt an allen Ecken: Geld für Lehrkräfte, Digitalisierung und Lernmaterialien sind nur einige Stichworte.

„Wie kann man es verantworten, Schulen ihr Budget zu kürzen, aber gleichzeitig ein Programm zu finanzieren, das nach Gendersternchen sucht?“, fragt Landeschulsprecher Laurenz Spies. „Diese Prioritätensetzung geht an den Bedürfnissen der Schüler*innen vorbei.“

Bereits in einem kürzlich veröffentlichten offenen Brief „Zukunft statt Sternchenpolizei“ forderten zahlreiche Hessische Kreis- und Stadtschüler*innenräte die Landesregierung auf, ihre ideologischen Verbotsmaßnahmen zu beenden. Statt Probleme wie Lehrkräftemangel, marode Gebäuden oder ungleiche Bildungschancen anzupacken, verliere sich das Ministerium in Kleinigkeiten – und ignoriere dabei die Realität an Hessens Schulen. Die Landeschüler*innenvertretung unterstützt diese Forderungen und stellt sich hinter die Unterzeichner*innen des Briefes.

„Wir Schüler*innen brauchen keine Sprachpolizei, sondern funktionierende Schulen“, betont Luca Dobrita, stellvertretender Landeschulsprecher. „Während Klassen ausfallen und



Pressemitteilung

Landesschüler*innenvertretung Hessen
Interessenvertretung der Schüler*innen Hessens

Räume verfallen, beschäftigt das Ministerium Fachkräfte damit, Sonderzeichen aufzuspüren. Das ist absurd!“

Die Landesschüler*innenvertretung fordert Kultusminister Armin Schwarz auf, das Genderverbot sofort zurück zu nehmen und alle verfügbaren Mittel endlich in tatsächliche Bildung zu investieren. Statt Sprachpolizei zu spielen, müsse das Land auf die Schüler*innen hören und echte Probleme lösen – von Lehrkräftemangel über Digitalisierung bis hin zu sozialer Gerechtigkeit.

„Kinder brauchen qualitative Bildung und das sollte die oberste Priorität des Ministeriums sein!“, so die zentrale Botschaft der LSV Hessen.

Für Presseanfragen und weitere Informationen:

www.lsv-hessen.de
post@lsv-hessen.de